

Tribüne

Die Schweiz muss über den Tellerrand hinausblicken

In der EU ist die Jugendarbeitslosigkeit teils so hoch, dass man von einer «verlorenen Generation» spricht. Die Schweiz sollte dort ihr Berufsbildungssystem aktiver bewerben.



Elektromonteur bei der Arbeit: Das duale Berufsbildungssystem ist ein Grund für die tiefe Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz. Foto: Keystone

Niklaus Gerber

Die Bildungssysteme in Europa liegen ausschliesslich in der Verantwortung der einzelnen Länder. Dementsprechend unterschiedlich ist ihr Aufbau. Angeblich durchlaufen 50 Prozent der Europäerinnen und Europäer zwischen 15 und 19 Jahren eine berufliche Erstausbildung auf Sekundarstufe II. Hinter diesem EU-Durchschnitt – die Schweiz wird nicht mitgezählt – verbergen sich erhebliche geografische Unterschiede. Die Streubreite korrespondiert mit der Jugendarbeitslosigkeit in den jeweiligen Ländern.

Obwohl die EU im Jahr 2002 den sogenannten Kopenhagen-Prozess im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung in Gang gesetzt hat, sind bisher keine namhaften Wirkungen erkennbar. In den entsprechenden Gremien wird viel diskutiert und wenig Konkretes umgesetzt.

Jugendliche brauchen Hoffnung und Zuversicht für das eigene Leben. In den stärksten von der Jugendarbeitslosigkeit betroffenen Ländern Spanien, Portugal, Italien, Griechenland und Schweden bleibt den Jungen und angehenden Generationen vieles verwehrt. Und diese Staaten liegen vor der Haustür der Schweiz.

— In **Spanien** besteht seit 2002 eine enge Berufsbildungszusammenarbeit innerhalb der EU. Duale Ausbildungsgänge sind möglich, doch die Resonanz der Unternehmen fällt mager aus. Weniger als 5 Prozent der spanischen Auszubil-

denden lernen neben der Schule in einem Betrieb. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 28,6 Prozent.

— Das Berufsbildungssystem in **Portugal** ist stark verschult. Sogenannte Ausbildungsberufe werden an den Schulen vermittelt. Lediglich am Ende eines Schuljahres werden zwei- bis dreimonatige Berufspraktika in Betrieben absolviert. Es besteht

Die Berufsbildungssysteme in etlichen EU-Ländern sind stark verschult und nur partiell arbeitsmarktauglich.

kein direktes Ausbildungsverhältnis zwischen Unternehmen und Auszubildenden. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 23,1 Prozent.

— **Italiens** Berufsausbildung ist in erster Linie schulisch. Mit 14 Jahren wird eine regionale Berufsschule für eine zwei- oder dreijährige Ausbildung oder ein fachtechnisches Institut bis zum Abitur mit Berufsabschluss gewählt. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 20,1 Prozent.

— In **Griechenland** ist die Berufsbildung auf Sekundarstufe II ebenso schulisch geprägt. Abschlussqualifikationen sind eher von der Ausbildungsdauer als von den vermittelten Kompetenzen abhängig. Die

Jugendarbeitslosigkeit beträgt 22,3 Prozent.

— In **Schweden** existieren berufsbildende Programme, die alle dreijährig angelegt sind. Die berufsbildenden Kurse finden in der Regel zu 85 Prozent in der Schule statt und umfassen mindestens 15 Wochen an einem ausser-schulischen Arbeitsplatz. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 22,7 Prozent.

Die Bilanz nach über zwei Dekaden seit dem Kopenhagen-Prozess ist nicht erfreulich; dies trotz seitheriger Empfehlungen des EU-Rates zur Berufsbildung 2020 und für den Zeitraum 2021–2030. Die Berufsbildungssysteme in diesen fünf ausgewählten EU-Ländern sind nach wie vor stark verschult und lediglich partiell arbeitsmarktauglich. Nachhaltige Auswirkungen auf die länderspezifische Wirtschaft sind keine bis wenige zu erkennen.

Die Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz liegt – und dies als langjährig niedrige und international vergleichbare Quote – bei 8,1 Prozent. Ausländische Delegationen, die sich für das hiesige Bildungssystem interessieren, fragen nach den Gründen. Die verkürzte Antwort dazu lautet: Weil die Schweiz ein sehr gut funktionierendes duales Berufsbildungssystem hat. Weltweit betrachtet, stellt es ein Erfolgsmodell dar, das sich in den vergangenen Jahren zu einem Exportprodukt entwickelt hat. Die parallele Ausbildung in Betrieb und Berufsschule respektive die Verzahnung von

Praxis und Theorie gehören zu den Stärken.

Länder wie Indien, Südkorea, Südafrika, die USA etc. interessieren sich proaktiv dafür. Innerhalb Europas ist die Nachfrage jedoch erstaunlicherweise gering. Und dies trotz der teilweise hohen Jugendarbeitslosigkeit. Im «Leitbild Berufsbildung 2030» stehen Reformprojekte, die primär einem Blick nach innen gleichen. Inhaltlich hat es Vorhaben, welche die schweizerische Berufsbildung stärken sollen. Das ist grundsätzlich wichtig und richtig. Gegen aussen hin und als Land, bei dem die Hälfte der Exporte in die EU geht, ist in Bezug auf die EU-weite Förderung der Berufsbildung nichts erkennbar.

Die Schweiz kennt die Erfolgsfaktoren einer funktionierenden Berufsbildung. Es wäre deshalb sinnvoll, wenn das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation und die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung über den schweizerischen Tellerrand hinausblicken würden. Die Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Berufsbildung müsste mit den europäischen Ländern in Form konkreter Abkommen und Roadmaps vorangetrieben werden. Die Zukunft gehört der Jugend und den heranwachsenden Generationen.

Niklaus Gerber war bis zu seiner Pensionierung im August 2021 Abteilungsleiter und Schulleitungsmitglied der Berufsfachschule Bern und hat sich mit «NORDWÄRTS – Kompass für kompetente Führung» selbstständig gemacht.

Er ist Orbáns neuer Absegner vom Dienst

Tamás Sulyok ist neuer Staatspräsident von Ungarn.

Tobias Zick

Im Palais Sándor, dem Amtssitz des ungarischen Staatspräsidenten, liegt seit Montag eine Parlamentsentscheidung von seltener internationaler Tragweite zur Unterschrift bereit: Ungarn stimmt damit, nach monatelangem Taktieren, einem Nato-Beitritt Schwedens zu. Die Unterschrift, die der neue Amtsinhaber Tamás Sulyok, 67, in den kommenden Tagen unter das Dokument setzen dürfte, wird an so unterschiedlichen Orten wie Stockholm, Brüssel und Washington heiss erwartet.

Allein deswegen durfte das Präsidentenamt nicht lang vakant bleiben. Dass es so weit gekommen war, zeugt von einer inneren Unruhe, wie sie das ungarische Regierungslager lange nicht gezeigt hat. Die bisherige Staatspräsidentin Katalin Novák, erst seit Mai 2022 im Amt, hatte voriges Jahr – offenbar auf Drängen von Regierungsmitgliedern – einen Mann begnadigt, der als stellvertretender Leiter eines Kinderheims an der Vertuschung eines Missbrauchsskandals mitgewirkt hatte. Nachdem das bekannt geworden war, zogen im Februar Tausende Menschen auf den zentralen Heldenplatz in Budapest, um unter dem Motto «Wir haben genug» gegen die Regierung zu demonstrieren. Novák trat zurück.

Premierminister Viktor Orbán, der durch die Affäre die Glaubwürdigkeit seiner nationalkonservativen Familienpolitik angekratzt sah, mühte sich auch Anfang dieser Woche noch, die Emotionen, die in seiner eigenen Anhängerschaft hochgekocht waren, zu dämpfen. In Ungarn genossen Kinder «absoluten, vollumfänglichen Schutz», erklärte er vor dem Parlament, für Täter dürfe es «keine Schlupflöcher» und «keine Gnade» geben. Nováks Rücktritt sei «richtig» gewesen. Für den designierten Nachfolger, den bisherigen Verfassungsgericht-Präsidenten Tamás Sulyok, warb Orbán mit den Worten, dieser verfüge über «enorme Erfahrung, ehrwürdiges Wissen und unumstrittene Autorität»: Das Gericht habe unter seiner Führung dem Land einen «klaren Weg gewiesen».

Es darf als wahrscheinlich gelten, dass Sulyok, den das Parlament mit seiner Fidesz-



Tamás Sulyok bei seiner Vereidigung. Foto: Zoltan Mathe (AP)

Mehrheit am Montagabend dann erwartungsgemäss zum Präsidenten wählte, Orbáns Wunsch nach Stabilität und Kontinuität nicht enttäuschen wird. Geboren wurde Sulyok 1956, im Jahr des von der Sowjetarmee niedergeschlagenen ungarischen Volksaufstands, als Sohn eines Anwalts und einer Lehrerin. Schon während seines Jurastudiums in Szeged soll er als eher stiller, uneitler Arbeiter gegolten haben. Sein Vater, ein systemtreuer, gläubiger Mann, habe ihn positives Denken gelehrt, sagte er selbst einmal. Nach Stationen als Rechtsberater, Gerichtsschreiber, österreichischer Honorarkonsul und Rechtsvertreter der Gemeinde Szeged wurde Sulyok 2014 ans Verfassungsgericht berufen, zwei Jahre später wurde er dessen Präsident.

Als Gegenspieler oder zumindest Korrektiv der Orbán-Regierung, die über die Jahre die Unabhängigkeit der Justiz immer weiter abgebaut hat, ist er seither nicht aufgefallen. Vielmehr segnete Sulyok zahlreiche umstrittene Massnahmen der Regierung ab, etwa die Schaffung von «Sonderwirtschaftszonen», wodurch von der Opposition gezielte Kommunen entmachtet und Steuereinnahmen in die Kassen von Fidesz-kontrollierten Verwaltungsbezirken umgeleitet wurden. Als die Regierung vor der Wahl 2022 die E-Mail-Adressen von Bürgern, die sich zuvor für die Covid-Impfung registriert hatten, nutzte, um Fidesz-Wahlkampfbotschaften zu verbreiten, befand das Verfassungsgericht unter seinem Präsidenten Sulyok, es handle sich dabei nicht um illegale Wahlwerbung, schliesslich habe die Regierung die Pflicht, die Bürger zu informieren. Über sich selbst sagt Tamás Sulyok, er habe sich «nie für Politik interessiert». Aber das ist ja auch nicht zwingend nötig, wenn es darum geht, als Präsident per Unterschrift das abzusegnen, was Parlament und Regierung so alles beschliessen.

Briefe an die Redaktion

Auf Hauptstrassen in Städten soll grundsätzlich Tempo 50 gelten «Bund» vom 21. Februar

Das ist purer Egoismus

Einige der aufgelisteten Gründe gegen Tempo 30 sind nicht zutreffend. Selbstverständlich verursacht Tempo 30 weniger Lärm als Tempo 50 und ist sicherer für alle. Auch die anderen Gründe sind nicht massgebend. Es geht allein um das Gefühl, das entsteht, wenn man

nicht so schnell fahren darf, wie man möchte. Die gegen Tempo 30 schiessenden Parlamentarier dürften mehrheitlich überdurchschnittlich privilegiert wohnen und durch den Autoverkehr weniger betroffen sein. Dass diese privilegierte Gruppe den Anwohnenden keine Verbesserung ihrer Lebensqualität, Gesundheit und Verkehrssicherheit gönnen, ist purer Egoismus. **Theo Schmidt**, Steffisburg